

Hellas unterm Hammer

Vorbedingungen und Aufgabe der Souveränität: In Brüssel einigen sich EU-Regierungschefs auf Verhandlungen über neues »Hilfsprogramm« für Griechenland

Klaus Fischer

Kein »Grexit«, keine Staatspleite: Griechenland bleibt im Euro-Verbund, wird faktisch zur Kolonie Brüssels, und die Pleite wird weiter verschleppt. Das ist die Bilanz einer 17stündigen Nachtsitzung von 28 EU-Staats- und Regierungschefs sowie den Spitzenvertretern aus Brüsseler Amtspalästen. Ergebnis: der Wille, Verhandlungen über ein erneutes »Hilfsprogramm« im Volumen von (zunächst) 82 bis 86 Milliarden Euro aufzunehmen. Griechenland bleibt allenfalls auf dem Papier souverän, faktisch kommt es unter den Hammer.

Zunächst muss das Parlament in Athen seine Zustimmung zu dem in Brüssel vereinbarten Deal geben. Auch verlangt die Übereinkunft, dass bis Mittwoch erste Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer beschlossen werden, eine »Rentenreform« konzipiert und eine Art Kürzungsautomatismus im Haushalt installiert wird. Es sind Vorbedingungen.

Erst danach beginnen Verhandlungen – mit der »Troika«. Das inzwischen in »die Institutionen« umbenannte Dreigespann aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission soll das Dreijahresprogramm im einzelnen festmachen. Danach muss Athen bis zum 22. Juli die Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken beschließen. Verlangt wird u. a. auch eine Justizreform zur Beschleunigung der mit der Erfüllung der Auflagen verbundenen Verfahren. Bis Oktober muss die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre festgezurr sein.

Damit nicht genug. Der griechische Markt wird »geöffnet«. Privatisierungen im Energiesektor, Fortführung von »Reformen« auf dem Arbeits- und dem Finanzmarkt sowie weitere Eingriffe in die Souveränität des Landes sind fest eingeplant.

Die EU-Regierenden haben vor, Griechenland zur Überführung von Staatsvermögen in einen »unabhängigen Fonds« unter Aufsicht der EU zu drängen. Der Name »Treuhand« fiel in diesem Zusammenhang in Medienberichten des öfteren. Vermutlich wird auch das Ergebnis dem jener »Anstalt« entsprechen, mit der die Bundesrepublik einst Wirtschaft und Infrastruktur der DDR vermarktet hatte: kompletter Ausverkauf. Damit soll der Fonds 50 Milliarden Euro Erlösen. Kalkuliert wird, davon die Hälfte zur Begleichung der Kosten der Bankenrekapitalisierung einzusetzen, das Geld ginge zurück an den ESM-Fonds. Jeweils weitere 12,5 Milliarden Euro sollen zum Schuldenabbau sowie für direkte Investitionen genutzt werden.

Selbstverständlich müsse Athen nicht nur sicherstellen, dass Troika-Vertreter Zugang zu den Ministerien erhalten. Sie sollen überdies die relevanten Gesetzentwürfe absegnen, bevor diese im Parlament verhandelt werden: Ohne Abstimmung verabschiedete Gesetze müssen zurückgenommen oder ihre Kosten durch andere Maßnahmen kompensiert werden.

Es ist ein Siegerdiktat. Doch Gewinner wird es – abgesehen von den Spekulanten – bei dieser seit 2010 aufgeführten Haupt- und Staatsaktion nicht geben. Auch nicht, wenn sie Alexis Tsipras heißen. Der Ministerpräsident dürfte schweren Zeiten entgegensehen. »Wir stehen vor schwierigen Entscheidungen«, sagte Tsipras, es dürfte der Euphemismus des Jahres sein. Bei der anstehenden Parlamentsabstimmung wird sich zeigen, wie die Abgeordneten zu der Vereinbarung ihres Regierungschefs mit den »Institutionen« stehen. (mit: Reuters, AFP)

(Siehe Seiten 2, 3 und 8)

<http://www.jungewelt.de/2015/07-14/057.php>